

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint zweckmäßig nach einer Woche der Tage nach Eisen- und Schleife. Der Preis ist je 24 mm breite Kalmar-Münzspalte bei 10 Pfennig, je 26 mm breite Eisen-Münzspalte bei 12 Pfennig, je 28 mm breite Eisen-Münzspalte bei 15 Pfennig, je 30 mm breite Eisen-Münzspalte bei 18 Pfennig, je 32 mm breite Eisen-Münzspalte bei 20 Pfennig, je 34 mm breite Eisen-Münzspalte bei 22 Pfennig, je 36 mm breite Eisen-Münzspalte bei 24 Pfennig, je 38 mm breite Eisen-Münzspalte bei 26 Pfennig.

Verlag: Leipzig Nr. 12222.

Gemeinde-Büro-Blatt: Vom Gräfchen Nr. 22.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Stadtdörfern in Schwarzenberg, der Städt. u. Höhlerischen Behörden in Schneeberg, Zöblitz, Neuhaus, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Zschauengesamtstadt.

Verlag G. M. Görlner, Aue, Erzgeb.

Zensurvor: Aue 21 und 22, Zschauengesamtstadt 400, Schwarzenberg 20, Schneeberg 201. Geschäftsführer: Zeitungsredaktion Schwarzenberg.

Erzgebirgische Nachrichten für die am Dienstag erscheinende Sonderausgabe des „Auer Volksfreundes“ für den 29. Mai in den Amtsschreibställen. Eine Sondertafel für die Amtsschreibställe am Dienstagabend steht nicht zur Verfügung, auch nicht für die Wiedergabe der durch die Amtsschreibställe ausgestellten Nachrichten. — Die Amtsschreibställe verzögern die Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaftsgerichts gegen einen Tag. Bei Schneeburg und Aue gelten diese als nicht verbindlich. Geschäftsführer ist: Herr Görlner, Schwarzenberg und Schwarzenberg.

Nr. 114.

Mittwoch, den 19. Mai 1926.

79. Jahrg.

## Amtliche Anzeigen.

Unter dem Viehbestande des Wirtschaftsbetreibers Emil Wellner in Hermagor Nr. 5 ist die Maul- und Klauenpest festgestellt worden. Sperrbefehl: Das verfaulte Gehöft. Beobachtungsgebiet ist der Ort Hermagor rechts der Straße Erla-Hermagor.

Auf die in offizieller Weise bekanntgegebenen Vorschriften wird besonders hingewiesen.

Erlöschen ist die Maul- und Klauenpest unter dem Viehbestande des Wirtschaftsbetreibers Paul Wellner in Hermagor Nr. 119.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, 17. Mai 1926.

Auf Blatt 257 des Handelsregisters, Vereinigte Holzstoff- und Papierfabriken Aktiengesellschaft in Niederschlema betrifft, ist heute eingetragen worden, daß § 10 des Gesellschaftsvertrags vom 7. April 1900 durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. April 1926 laut notariellem Protokolle vom gleichen Tage geändert worden ist.

Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 14. Mai 1926.

Auf letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß sich Hilfsbedürftige (Hilfsgesprächsfüßer, Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsoffiziere usw.) ohne Genehmigung des Wohlfahrtsamtes in Behandlung (Krankenhäuser, Zahnärzte, Spezialärzte usw.) begeben und erst nachträglich um die Übernahme der Kosten nachgesucht haben. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß derartige Gesuche, die erst nachträglich eingehten, grundsätzlich abgelehnt werden.

Schwarzenberg, den 14. Mai 1926.

Der Rat der Stadt. — Wohlfahrtsamt. —

## Auhholzversiegerung.

Schönheider Staatsforstrevier.

Montag, den 21. Mai 1926, vormittags 11 Uhr, im Gasthaus „Zur Post“ in Schönheide:

F. Stämme: 1197 Std. 10/15 cm mit 171 fm, 703 Std. 16/19 cm mit 197 fm, 164 Std. 20/22 cm mit 77 fm, 101 Std. 23/31 cm mit 77 fm, 1890 fl. R 18 g 7/33 cm mit 86 fm, 3100 fl. Derbstangen 8/15 cm mit 163 fm, 340 fl. Reisstangen 4/7 cm. Aufbereitet in den Abtg. 15 und 84 (Schläge), 46 und 84 (Durchforstungen).

Hofstätte Schönheide. Hofstätte Schwarzenberg.

## Auh- und Brennholzversiegerung.

Hartmannsdorfer Staatsforstrevier.

Donnerstag, den 9. Juni 1926, vormittags 11 Uhr, im Gasthof „Sächsischer Hof“ in Hartmannsdorf:

713 m. Stämme 10/15 cm mit 136 fm, 871 dergl. 16/22 cm mit 289 fm, 54 dergl. 23/29 cm mit 41 fm, 143 h. R 18 g 13/15 cm mit 8,5 fm, 113 dergl. 16/22 cm mit 11 fm, 59 dergl. 23/26 cm mit 14 fm, 24 dergl. 37/64 cm mit 15,5 fm, 1928 w. R 18 g 7/15 cm mit 95 fm, 1006 dergl. 16/22 cm mit 135 fm, 401 dergl. 23/36 cm mit 94 fm, 409 w. Derbstangen 8/12 cm mit 12 fm, 148 dergl. 13/15 cm mit 11 fm, 3730 w.

Reisstangen 3/4 cm, 1180 dergl. 5/7 cm. Aufbereitet in den Abtg. 29, 42, 54 (Schläge), 28, 29, 40 (Durchforstungen), und

Sonntagnachmittag, den 5. Juni 1926, norm. 11 Uhr, ebensofortsläßt:

7,5 cm h. und 52,5 cm w. Brennscheite, 29,0 cm h. und 10 cm w. Brennknüppel, 8,0 cm h. und 44,0 cm w. Brennreste. Aufbereitet in den Abtg. wie oben.

Hofstätte Hartmannsdorf. Hofstätte Schwarzenberg.

Am 14. ds. Mts. verschied

Herr Butterhändler

## Richard Ebert.

Die Gemeinde verliest und beträumt in ihm einen seit Jahren bewährten Gemeindeverordneten. Mit regem und freudigen Interesse arbeitete er stets uneigennützig mit an den Aufgaben und der Entwicklung unserer Gemeinde. Sein ganzes Wesen machte ihn allseitig beliebt. Sein Name wird in der Gemeinde in Ehren fortleben.

Der Gemeinderat.

Tegener, Bürgermeister,

Radiumbad Oberschlema, am 17. Mai 1926.

## Pressestimmen.

Berlin, 17. Mai. Das „Berliner Tageblatt“ erinnert daran, daß Dr. Marx in seiner Eigenschaft als Justizminister mehrfach schwere Entlastung habe, in der letzten Zeit namentlich durch seine Haltung zur Fliegengewerbung.

Die „Vossische Zeitung“ spricht davon, daß es nur zwei Möglichkeiten geben kann, entweder Koalition mit den Sozialdemokraten oder Auflösung des Reichstags.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß dieser Ausgang der Krise mit der Ernennung von Dr. Marx mehr als unbedeutend sei. Es sei bedauerlich, daß die demokratischen Kämpfer in der Regierungskoalition verbleiben, noch bedauerlicher, daß auch nach der letzten Erfahrung mit den Demokraten und überdies angekündigt der Gesamteinstellung der Sozialdemokraten in Grundfragen des gesamten Staatslebens das Zentrum offensichtlich bestrebt bleibt, einer Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts ernste Schwierigkeiten zu bereiten. Die Haltung des Zentrums bestätigt nicht nur volllaut die Richtigkeit der Aussage, daß der Einbeziehung der Deutschen Nationalen in ein staatsbürgliches Kabinett gegenwärtig nicht nur die bekannten Meinungsverschiedenheiten in der auswärtigen Politik, sondern mindestens ebenso die Stimmung im Zentrum entgegenstehe. Starke Kräfte im Zentrum suchten offenbar sogar den Weg für eine Annäherung nach rechts auch für die Zukunft nach Kräften zu verbauen.

Die „Kreuzzeitung“ spricht die Vermutung aus, daß Marx in den wenigen Wochen, die ihm zur Verfügung stehen, so regieren werde, daß wenigstens von seiner Seite nichts geschehe, was die Sozialdemokratie etwa versöhnen könnte. Trotzdem würden die Dinge zwangsläufig dazu führen, daß die ersehnte Freundschaft mit der Sozialdemokratie nicht verwirklicht werde. Gerade in den akuten politischen Fragen seien die Unschätzbarkeiten so groß, daß man es auch beim Zentrum für ausgeschlossen halten müsse, hier zu einem ertraglichen Kompromiß kommen zu können. Die Sozialdemokratie befindet sich außerdem in einer so prorangerischen Offensive gegenüber dem Bürgerkum, daß sie ihre Anhänger nicht mehr zurückdrängen könne.

Die „O. Allg. Zeit.“ sagt: Dem bisherigen Reichskanzler Dr. Luther wird der Auspruch zugeschrieben: „Jugendwelt muss Deutschland schließlich regieren werden.“ Dieser Satz, in humoristischem Sinne auf irgendeine prekäre Situation des alten Kabinetts geprägt, gilt auch für das neue — zumal es ja das alte ist und sich vermutlich auch des älteren jüngeren prekären Situations gegenübersehen wird. Von kann dem neuen Kanzler, Herrn Marx, dann Humor genug wünschen, um ebenfalls damit fertig zu werden. Seine Regierung ist eine ausgesprochene Übergangs- und Zwischenlösung, ein Interregnum mit befristeter Dauer. In dem Kompromiß zwischen Deutschen Volkspartei und Zentrum — dahin hat die eigenständige Rolle der Demokraten geführt, daß sie jetzt am wenigsten gefragt werden — ist als Zeitpunkt für das Kabinett derzeit dieser Zwischenlösung diejenige Situation festgelegt, in der eine Mehrheitsbildung sich ermöglichen läßt. Obwohl man mit solchen Kabinetten wie dem jetzigen des Herrn Marx schon mehrmals die Erfahrung unerwarteter Lebensfähigkeit gemacht hat, wird sich die Möglichkeit für die in Aussicht genommene Bildung vielleicht schon in recht kurzer Zeit ergeben. Für den Augenblick war sie jedenfalls nicht vorhanden. Dieser Ereignis folgend, mit dem nötigen Nachdruck

## Die Gefahr der Linksentwicklung.

Der Reichspräsident hat den Knoten der Kabinettsskrise dadurch schnell durchhauen, daß er Marx, als ältestes Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der größten Partei in ihr, erfuhrte, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Er hat also rein formale Gründe gehabt gemacht, ohne, wie dies bei der letzten Regierungsbildung der Fall war, auf irgendwelche Fragen der Koalitionsbildung einzugehen. Zugleich spricht aus dem Berufungsbeschreiben, das der „E. B.“ gestern mitteilte, eine gewisse Resignation, die man sehr wohl dahin auslegen kann, daß Hindenburg an der Möglichkeit, mit diesem Parlamentarismus überhaupt noch etwas anzufangen zu können, zweifelt.

Die Fraktionen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei haben ein Abkommen getroffen, nach dem eine Mehrheitsregierung geschaffen werden soll. Für diese sollen nur Parteien in Frage kommen können, welche die bisherige Außenpolitik billigen. Damit ist von vornherein gesagt, daß man die Rechte nicht in der Regierung haben will. Das bestätigt das Blatt des Außenministers, die „Tägl. Rundschau“, nunmehr, indem es erklärt:

dass dadurch ein deutlicher Strich gegenüber den Deutschen Nationalen gezogen worden sei, der die Konsequenzen der bisher von der Deutschen Nationalen Partei in außenpolitischen Fragen eingenommenen Haltung und formal auch die Konsequenzen darstelle, die ich aus der Haltung der deutschnationalen Fraktion bei der Abstimmung über das Misstrauensvotum gegen Dr. Luther erfuhr. Die deutschnationale Fraktion hätte es vollkommen in der Hand gehabt, sich gegen die sozialistischen Quertriebvereine zu wenden. Sie hätte damit auch noch außen ein schweres Zeichen dafür gegeben, daß ihre eigene Politik auf Stabilisierung der Verhältnisse und auf einen künftigen Zusammenwirken mit den anderen Parteien von ihnen selbst wirklich begolten werde. Der Erfolg der deutschnationalen Abstimmung bei dem Misstrauensvotum gegen Dr. Luther sei die Zäsur in der Entwicklung, denn zwangsläufig hätte Dr. Luther in viel höherem Maße in seiner Persönlichkeit die Verbindungsbrücke nach der rechten Seite dargestellt, als es bei Dr. Marx der Fall ist.

Es muß im höchsten Grade auffallen, daß von der Innenpolitik in der Wiederauflösung der beiden Parteien nicht die Rede ist. Unseres Erachtens muß dieser jetzt in erster Linie Beachtung geschenkt werden. Daß wir mit dieser Ansicht nicht allein stehen, sondern daß auch einflußreiche Kreise der Deutschen Volkspartei dieser Meinung sind, beweisen die Versicherungen des sächsischen Volksparteiabgeordneten Dr. Heinze, der erst vor kurzem auch in unserer Gegenwart für ein Zusammenwirken der beiden Rechtsparteien sich öffentlich eingesetzt und dabei ausführte, daß eine erfolgreiche Innenpolitik mit der Sozialdemokratie unter den heutigen Verhältnissen nicht getrieben werden könne. Im übrigen sei die Frage erlaubt, ob es nicht ein gewisser Mangel

an Logik auf Seiten der „Tägl. Rdsch.“ ist, wenn sie zwar das Zusammengehen mit denjenigen, die es in der Hand hatten, die „sozialistischen Quertriebvereine“ zunächst zu machen, ablehnt, aber dafür den „Quertriebvereinen“ selbst die Hand zum Bunde bietet. Und warum übergeht sie die anderen „Quertriebvereine“, die Demokraten, so gänzlich?

Wir können vorläufig nicht glauben, daß mit der Annahme zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei das lezte Wort gesprochen sei. Wenn sie sich doch in der von der „Tägl. Rdsch.“ behaupteten Weise auswirken sollte, so wäre das im allgemeinen Interesse sehr zu befürchten. Denn eine Spaltung der nationalen Parteien würde eine Kapitulation vor dem Marxismus bedeuten, die das Vaterland in schwere Gefahr bringen würde. Man weiß ja nur zu gut, wo die Sozialdemokratie hinauswill. Der „Vorwärts“ benennt es eben wieder mit dünnen Wörtern, indem er schreibt:

Wenn durch die Ereignisse der letzten Zeit überhaupt etwas wesentlich gewonnen ist, so kann es nur erkenntlich sein, daß der Kampf zwischen rechts und links die Entscheidung ist. Die Entscheidung steht zwischen Nationalen und Sozialdemokraten.

## Der erste Kabinettstat.

Berlin, 17. Mai. Der Kabinettstat, der heute zusammengetreten war, ist auseinandergegangen, ohne zu entscheidenden Beschlüssen zu kommen.

## Vor der Regierungserklärung.

Berlin, 17. Mai. Reichskanzler Dr. Marx empfing heute einzeln die Führer sämtlicher Reichsparteien mit Ausnahme der Kommunisten und der Bölkischen. Gegenstand der Besprechungen war die Vorbereitung der Regierungserklärung, die voraussichtlich in der Reichstagsöffnung am Mittwoch abgegeben werden wird. — Die deutschnationale Reichspartei hat beschlossen, ihre Haltung von der Regierungserklärung abhängig zu machen. Die Deutsche Volkspartei sieht keine Beschlüsse.

Berlin, 18. Mai. Der „Tägl. Rundsch.“ zufolge wird sich das Kabinett Marx dem Reichstage mit einer Regierungserklärung vorstellen, die nur ganz kurz und formaler Natur sein wird. Auch die Fraktionen würden sich in der Hauptsache auf die Abgabe einer kurzen Erklärung beschränken, so daß man hofft, die Debatte über die Regierungserklärung bereits am Mittwoch zu Ende zu führen und am Donnerstag die Pfingstferien beginnen zu können. Ein Misstrauensvotum werde nach dem genannten Blatte nicht verlangt werden.

Berlin, 17. Mai. Die Kommunisten haben beschlossen, im Reichstage einem Kabinett Marx das Misstrauen auszusprechen.